

ARBEITSKREIS MENSCHENRECHTE (AKM)
- Working Group for Human Rights -

Thomas Müller
Am Pandyc 31
D-47443 Moers / Germany
Tel. 02841-9163753
E-Mail: info@akm-online.info
Internet: www.akm-online.info

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Mitteilung erhalten Sie im Rahmen des E-Mail-Aktionskreises von

- > Arbeitskreis Menschenrechte (AKM) und
- > Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Arbeitsgruppe München (IGFM-München)

Diese Information finden Sie auch im Internet unter: www.akm-online.info . Wenn Sie unsere Mitteilungen nicht mehr erhalten wollen, so teilen Sie uns das bitte mit unter: info@akm-online.info

Empfehlen Sie unsere Rundbriefe gerne weiter. Kennen Sie Personen, die daran Interesse haben könnten, teilen Sie uns gerne die E-Mail-Adresse mit; wir nehmen dann Kontakt auf.

Unterstützen Sie die Menschenrechtsarbeit auch als **IGFM-Mitglied**: <https://www.igfm.de/mitglied-werden/>

Für Ihre Unterstützung in diesem Jahr bedanken wir uns und freuen uns, auch 2025 auf Ihre Mithilfe zählen zu dürfen.

KURZ und BÜNDIG vorab

> **IRAN:** Gericht lehnt Entschädigung für Familie eines Mordopfers ab, das wegen seines Bahá'í-Glaubens getötet wurde



Vor elf Jahren wurde **Ataollah Rezvani**, ein Bahá'í-Mann im Iran, in seinem Auto brutal ermordet, weil er der größten religiösen Minderheit im Iran, dem Bahá'í-Glauben, angehörte. Ein Attentäter schoss ihm vorsätzlich in den Hinterkopf. Bereits zuvor musste Rezvani monatelang körperliche Drohungen ertragen. Er war ein Vater von zwei Kindern und erst 52 Jahre alt, als er am 22. August 2013 in der Nähe des Bahnhofs Bandar Abbas in der Provinz Hormozgan tot in seinem Auto aufgefunden wurde.

Mehr: <https://menschenrechte.bahai.de/2024/11/22/11-jahre-gerechtigkeitsverweigerung-iranisches-gericht-lehnt-entschaedigung-fuer-familie-eines-mordopfers-ab-das-wegen-seines-bahai-glaubens-getoetet-wurde/>

+ + + + +

> **ALGERIEN:** Schriftsteller inhaftiert: Jetzt Freilassung von Boualem Sansal fordern

Boualem Sansal, renommierter Autor und Träger des **Friedenspreises des Deutschen Buchhandels**, wurde am 16. November in Algier verhaftet.



Mehr + Petition: https://www.change.org/p/freiheit-für-boualem-sansal-liberty-for-boualem-sansal-liberté-pour-boualem-sansal?recruiter=14614334&recruited_by_id=ac4066a0-c049-012f-

[b44c-404067ca6a7a&utm_source=share_petition&utm_campaign=psf_combo_share_initial&utm_term=psf_combo_share_initial&utm_medium=copylink&utm_content=cl_sharecopy_490333778_de-DE:5](https://www.change.org/p/freiheit-für-boualem-sansal-liberty-for-boualem-sansal-liberté-pour-boualem-sansal?recruiter=14614334&recruited_by_id=ac4066a0-c049-012f-b44c-404067ca6a7a&utm_source=share_petition&utm_campaign=psf_combo_share_initial&utm_term=psf_combo_share_initial&utm_medium=copylink&utm_content=cl_sharecopy_490333778_de-DE:5)

+ + + + +

> **„Das Strafrecht ist nicht das Problem“:** Ethikrat-Trio meldet sich in der Debatte um den § 218 StGB zu Wort



Drei Mitglieder des Deutschen Ethikrates haben sich Anfang der Woche mit einem gemeinsamen Beitrag für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ in der Debatte um eine mögliche Neuregelung des § 218 StGB zu Wort gemeldet. Der Beitrag trägt den Titel: „Keine Abtreibungsreform im Hauruckverfahren“. Darin erheben die Kölner Strafrechtsprofessorin **Frauke Rostalski**, der Bonner Arbeitsrechtler **Gregor Thüsing** und Osnabrücker Palliativmediziner **Winfried**

Hardinghaus schwere Vorwürfe

gegen die Initiatoren des Gesetzesentwurfs. In dem exklusiven Gastbeitrag schreibt das Autorentrio unter Bezugnahme auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts unter anderem: „Das Grundgesetz verpflichtet den Staat, menschlichen Leben, auch das ungeborene zu schützen.“ Und: „Die Grundrechte der Frau tragen nicht soweit, dass die Rechtspflicht zum Austragen des Kindes – auch nur für eine bestimmte Zeit – generell aufgehoben wäre.“

Mehr: <https://242283.seu2.cleverreach.com/m/15847555/503865-59ebbf6cfff378842b725c3ccf94a1fcbbec42606fac4e86af42933a8ca7cb5782319a1cab2046ba38d538ad0f3eb32e>

+ + + + +

BELARUS (WEISSRUSSLAND): Hoher Ordensgeistlicher inhaftiert

Quelle: *Christen in Not*, www.christeninnot.com



Andrzej Juchniewicz ist Vorsitzender der nationalen Ordenskonferenz und sitzt **seit Mai 2024** im Gefängnis. Das Minsker Menschenrechtszentrum Wjasna stufte ihn im Juni als politischen Gefangenen ein.

Juchniewicz war auf der Rückreise von der Generalversammlung der Union der Europäischen Konferenzen der Höheren Ordensoberen, als er verhaftet wurde. Als er beim Verhör sagte, wo er gewesen war, erklärte man ihm, dass Belarus nicht Europa sei und dass er dort illegal gewesen sei. Ihm wurden Laptop und Handy abgenommen.

Die Behörden im autoritär regierten Belarus haben in den vergangenen Monaten eine Reihe Geistlicher festgenommen. Das Regime bezeichnet alle Medien, in denen Machthaber Alexander Lukaschenko, seine Regierung oder Russlands Ukraine-Krieg kritisiert werden, als extremistisch. Im Sommer 2020 gab es Massenproteste im Land gegen die manipulierte Präsidentenwahl. Seither gehen die Behörden hart gegen Kritiker vor, auch gegen die römisch-katholische Kirche, zu der sich 10% der Bevölkerung bekennen.



>>> **Bitte helfen Sie mit**, die Freilassung von Juchniewicz zu erreichen, indem Sie das nachfolgende Schreiben kurzfristig an die genannten Stellen schicken.

+ + +

Seine Exzellenz
Herrn Aleksandr Lukaschenko
Präsident der Republik Belarus
c/o: Botschaft der Republik Belarus
Am Treptower Park 32
D-12435 Berlin

Fax: 030 536 359 23
E-Mail: germany@mfa.gov.by

Exzellenz,

bitte erlauben Sie mir, dass ich mich wegen **Andrzej Juchniewicz** an Sie wende. Er ist belarussischer Staatsbürger und wurde im Mai 2024 festgenommen. Ihm wurde vorgeworfen illegal an einer kirchlichen Veranstaltung im Ausland teilgenommen zu haben.

In den vergangenen Monaten wurde eine Reihe kirchlicher Mitarbeiter und Priester festgenommen, viele von ihnen kamen nach wenigen Tagen wieder frei. Andrzej Juchniewicz ist aber ohne nähere Angaben der Behörden nach wie vor in Haft.

Ich bitte Sie daher, ihn und alle anderen politischen Gefangenen bedingungslos und zeitnah freizulassen.

Hochachtungsvoll

KOPIEN:

>>> **Auswärtiges Amt**, Werderscher Markt 1, D-10117 Berlin, Fax: 03018-17-3402, E-Mail: buergerservice@diplo.de

>>> **Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe**, Luise Amtsberg, E-Mail: menschenrechtsbeauftragte@auswaertiges-amt.de

>>> **Deutscher Bundestag**, Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, Platz der Republik 1, D-11011 Berlin, Fax: 030-227-36051, E-Mail: menschenrechtsausschuss@bundestag.de